

II-2162 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1176 1J

1991-05-29

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Lukesch, Regina Heiß,
und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik

In einem Interview mit der "Tiroler Tageszeitung" kritisiert der Leiter des Landesarbeitsamtes Tirol, HR Eberhard Gosch, die derzeitige Arbeitsmarktpolitik des Sozialministers. So fordert HR Gosch eine weitgehende Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik und die Einführung von befristeten Arbeitsgenehmigungen für Ausländer für die Saisonarbeit. Der Chef des Tiroler Arbeitsamtes sieht in seinem Vorschlag kein eigenständiges "Saisoniermodell", sondern schlägt vor, daß die Ausländer nach ihrer Rückkehr in die Heimat die Arbeitslosenunterstützung in ihrem Herkunftsland beziehen können sollen, womit eine Gleichstellung mit einer Saisonarbeitskraft aus anderen Bundesländern gegeben wäre.

Angesichts der Vorschläge des Leiters des Landesarbeitsamtes Tirol stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

Anfrage:

1. Werden Sie - wie vom Leiter des Landesarbeitsamtes Tirol vorgeschlagen - eine Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik vornehmen?

-2-

2. Wenn ja, wie wird diese Dezentralisierung im einzelnen aussehen und bis wann wird diese verwirklicht werden?
3. Wenn nein, warum sind Sie nicht bereit, eine sachgerechte Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich durchzuführen?
4. Sind Sie bereit, Ausländern eine befristete Arbeitsgenehmigung für die Saisonarbeit über die bisherigen Kontingente hinaus nach dem Vorschlag des Leiters des Landesarbeitsamtes für Tirol zu erteilen?
5. Wenn ja, bis wann ist mit einer Verwirklichung dieses Vorschlages des Leiters des Landesarbeitsamtes Tirol zu rechnen?
6. Wenn nein, warum sind Sie nicht bereit, diesem Vorschlag zu entsprechen?